G3 GreenEconomy GenderGerecht

Zum Verhältnis von Gender, Green Economy und Finanzmärkten.

Warum nachhaltiges, geschlechter_gerechtes Wirtschaften eine andere Gestaltung der Finanzmärkte braucht

Hintergrundpapier von:

Gülay Çağlar, Daniela Gottschlich, Friederike Habermann

In Rio de Janeiro findet 2012 die Rio+20 Konferenz statt, als Follow-up zur UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung, die vor 20 Jahren am gleichen Ort Geschichte geschrieben hat. Ein thematischer Schwerpunkt wird das Konzept der „Green Economy“ sein – eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gerechtigkeit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden“ (Umweltprogramm der Vereinten Nationen – UNEP 2011).

In Kooperation mit dem Deutschen Frauenrat, dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und dem Verband deutscher Unternehmerinnen (vdu) initiierte genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit ein Projekt, das sich einmischen möchte in die Debatte um „Green Economy“, in der die Frauen- und Genderperspektive bislang fehlte.

Mit einem grundlegenden Diskussionspapier sowie ergänzenden Hintergrundpapieren zum Verhältnis Care Economy und Green Economy, zu gendergerechtem Konsum in einem nachhaltigen Wirtschaftssystem sowie zu den entsprechenden Anforderungen an die möchten wir Frauen, ihre Verbände und Initiativen ermutigen, sich an der Debatte um eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu beteiligen. Was können wir beitragen, so dass gerechter, solidarischer und umweltschonender konsumiert und produziert wird? Aber auch: Was gewinnen wir, wenn ein nachhaltiger gesellschaftlicher Wandel Wirklichkeit wird?

Alle Papiere stehen auch unter www.genanet.de/greeneconomy.html als PDF zur Verfügung

Seit mit der Agenda 21 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro ein Aktionsplan für das 21. Jahrhundert aufgestellt wurde um Armut und Naturzerstörung zu begegnen, haben die internationalen Kapitalbewegungen Größenordnungen angenommen, die damals kaum für möglich gehalten worden wären. Wie krisenanfällig und krisenhervorbringend dieser neoliberale Finanzmarktkapitalismus ist, zeigte sich bald in regionalen Finanzkrisen – zunächst in Asien, dann in Lateinamerika. Mittlerweile geht es um nichts weniger als die Bewältigung der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929, die die Lebensbedingungen von Menschen und Natur weltweit bedroht.

Umso erstaunlicher erscheint es, dass in den Konzepten zur Green Economy die Krisen des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und ihre Auswirkungen auf die unmittelbaren Lebenszusammenhänge kaum in den Blick genommen werden. Dabei treffen sie arme Bevölkerungsschichten – und damit mehrheitlich arme Frauen – besonders hart.

Diese Blindheit ist jedoch kein Zufall, sondern Teil eines problematischen Verständnisses von Ökonomie. In der herrschenden ökonomischen Theorie und Praxis werden alle nicht-marktvermittelten Tätigkeiten systematisch ausgeblendet, sie zählen monetär weder für den Weltmarkt noch für den Kapitalmarkt und werden gleichzeitig als unsichtbare Grundlage ausgebeutet, zum Teil sogar völlig zerstört. Das gilt für Versorgungstätigkeiten – nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet – ebenso wie für Subsistenzökonomien, in denen häufig ebenfalls Frauen eine zentrale Rolle einnehmen.

Ansätze, die zu einer geschlechter_gerechten nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen wollen, müssen daher nicht nur das Ganze der Arbeit und die Zusammenhänge zwischen Markt- und Sorgeökonomie neu denken und gestalten, sondern auch Finanzmärkte in den Dienst von sozial-ökologischer Transformation stellen. Ohne einen grundlegenden Wandel in allen Bereichen der herrschenden Wirtschaftsordnung werden die aktuellen Krisen bestehen bleiben und sich ausweiten.

Daher ist es zentral, dass sich die Debatten zur Green Economy auch kritisch mit der Rolle von Finanzmärkten auseinandersetzen und alternative Perspektiven für den sozial-ökologischen und geschlechter_gerechten Umbau des Finanzmarktkapitalismus entwickeln. Ziel dieses Hintergrundpapiers ist es, einen Beitrag hierzu zu leisten. Das Papier kann keine vorgefertigten Antworten bieten, sondern will eine kritische Reflexion sowie Denkanstöße für weitere politische Diskussionen zur Green Economy liefern.

Was die Finanzmärkte mit der Leere im Kochtopf zu tun haben

Es sind nicht die Börsennachrichten, auf die Veronica Díaz bangend blickt, als sie sich fragt, ob sie ihre drei Kinder am Abend hungrig ins Bett bringen muss. Und im Grunde sind sie es doch. Denn nicht zuletzt von diesen hängt der Maispreis ab, und aus Mais werden Tortillas gemacht, das Grundnahrungsmittel in Mexiko. Wie Millionen anderer Mexikaner_innen, die ihre Dörfer verlassen mussten, da sie die weltweite Konkurrenz in der Agrarwirtschaft als überwiegend – aber eben nicht nur – für den eigenen Verbrauch anbauende Campesinos nicht überstehen konnten, lebt sie nun im Slum einer großen Stadt Richtung Norden: Tijuana. Noch hat Veronica Díaz einen Job in einer ´Maquiladora´, einer Weltmarktfabrik. Sie weiß, dass sie mit Ende zwanzig in Gefahr steht, diesen zu verlieren – lieber werden die ganz Jungen eingestellt, diese wehren sich nicht so schnell gegen die schlechten Arbeitsbedingungen. Doch ihr heutiges Problem ist ein anderes: Während ihr Lohn schon bisher praktisch nur für Fahrtkosten und Lebensmittel reichte, wie soll es weitergehen

bei einem um das Vielfache gestiegenen Maispreis? Ende 2011 hatte der weltweite Preis für Mais einen Wert erreicht, der höher lag als während der globalen Hungerkatastrophe von 2008, die in Mexiko als ´Tortillakrise´ bezeichnet wurde. [1] Hier lag der Maispreis 2011 viermal höher als ein Jahrzehnt zuvor.[2]

Die Krisen an den Finanzmärkten haben seitdem nicht ab- sondern zugenommen. Unvorstellbare Summen flossen in das internationale Finanzsystem, um es vor dem Kollaps zu bewahren: Ein Rettungspaket nach dem anderen wurde geschnürt. Allein die acht größten Zentralbanken der Welt[3] haben ihre Bilanzsumme von 2006 auf 2011 um rund zehntausend Milliarden US-Dollar knapp verdreifacht.[4] Noch danach stellte die EZB den Geschäftsbanken insgesamt eine weitere Billion Euro zu einem sehr niedrigen Zinssatz, nämlich von 1 Prozent, zur Verfügung, mit dem Ziel ihre Liquidität weiterhin zu erhöhen. Was aber geschieht mit dieser Geldschwemme?

Vorweg: Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als seien diese Finanzspritzen ein Fehler. Ohne diese wäre das weltweite, komplexe Finanzsystem möglicherweise zusammengebrochen – ein Szenario mit kaum vorstellbaren realwirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Doch was sind die Auswirkungen?

Von den 1019 Milliarden Euro der im Dezember 2011 und im Februar dieses Jahres in zwei Tranchen bereitgestellten Finanzmittel wurden zunächst bereits bestehende Kredite der Geschäftsbanken bei der Zentralbank getilgt, um so umfassend den niedrigeren Zinssatz nutzen zu können – ein Gewinn für die Banken.[5] Rund die Hälfte des Geldes wurde (zu einem noch niedrigeren Zinssatz) allerdings wieder bei der EZB ´geparkt´. Auf diese Weise soll einem Zusammenbruch des Bankensystems der in die Krise geratenen europäischen Länder vorgebeugt werden, welche in 2012 hunderte von Milliarden Euro an Staatsanleihen zurückzahlen oder bestehende Kredite verlängern müssen.

Ein anderes beabsichtigtes Ziel der EZB war die Hoffnung, dass die Geschäftsbanken mit dem ´billigem Geld´ Staatsanleihen der in die Krise geratenen europäischen Länder aufkaufen und diese damit stützen würden. Ein eigentlich lukratives Geschäft, da die Zinsen auf diese Staatsanleihen in der Krise auf bis zu 7 Prozent (für Papiere mit zehnjähriger Laufzeit) gestiegen waren, und entsprechend bis zu 6 Prozent Reingewinn für die Banken in der Zukunft zu erzielen sein könnten. Dies bedeutet einen Verlust für die staatlichen Haushalte bzw. eine Umverteilung vom öffentlichen zum privaten Vermögen.

Die dadurch erhoffte Zinserleichterung für spanische und italienische Staatsanleihen trat zwar kurzfristig ein (während Irland und Griechenland sich gar nicht mehr auf dem freien Markt refinanzieren konnten und können). Nach nicht einmal drei Monaten stiegen die Zinssätze wieder dauerhaft auf die als bedenklich eingestuften rund sechs Prozent.

---

[1] http://www.chartsrus.com/chart1.php?image=http://www.sharelynx.com/chartstemp/free/chartind1CRUvoi.php?ticker=FUTC

[2] Weder Grundnahrungsmittelsubventionen noch Lohnerhöhungen federn diese Entwicklung ab, im Gegenteil: Während der Preis für 1 kg Tortillas Anfang des Jahrtausends bei 2,50 Pesos lag, stieg er auf über 10 Pesos; im gleichen Zeitraum sank der Mindestlohn um fast ein Drittel (30 Prozent) (vgl. „Aumentó precio de tortilla 400 por ciento en una década“, in: El Mexicano v. 21. März 2011).

[3] Neben dem Federal Reserve System (FED) und der Europäischen Zentralbank (EZB) sind dies die Zentralbanken von Deutschland, England, Frankreich, China, Japan und der Schweiz.

[4] Von 5,42 Billionen US-Dollar (Ende Mai 2006) auf 15,05 Billionen US-Dollar (Ende Oktober 2011) – also um 9,630 Milliarden Dollar. Aus: „Die Welt ertrinkt in Liquidität“, in: Frankfurter Börsenbrief v. 02.02.2012.

[5] „Die Eine-Billion-Euro-Frage“, in: Wirtschaftswoche v. 02.04.2012.

Die von den Finanzspritzen beabsichtigte Ankurbelung der Realwirtschaft blieb diesmal jedoch weitgehend aus. Durch den Rückkauf eigener Anleihen durch die Banken (in der Größenordnung von rund 200 Milliarden) wird auf der Seite der ehemaligen Halter dieser Anleihen Geld frei, das sich neue lukrative Investitionsziele suchen muss. Milliarden verlassen das Bankensystem und treiben nicht zuletzt sowohl Aktienkurse als auch Rohstoffpreise an.

Tatsächlich reagieren Aktien-Hedgefonds derzeit wieder aggressiver. Londoner Hedgefondsmanager beispielsweise, die mit nur 80 Prozent Aktieninvestitionen gemessen an den Fondsgeldern in das neue Jahr gestartet waren, hatten diese im April 2012 auf 120 Prozent erhöht, das heißt, sie nahmen hierfür sogar Kredite auf – offensichtlich kamen sie an diese nun billiger, um ihre hochriskanten und gehebelten Wetten einzugehen.[6]

Wo realwirtschaftliche gegenüber finanzwirtschaftlichen Anlagemöglichkeiten weniger gewinnbringend erscheinen, wird die Versuchung groß auf immer ´unethischere´ Spekulationen zu setzen und auf die Preise für Mais, Weizen und andere Nahrungsmittel zu wetten. An den Spekulationen auf Lebensmittel an Rohstoffbörsen sind viele Menschen in Ländern des globalen Nordens beteiligt, zum Teil ohne dass es ihnen bewusst ist: Etwa wenn sie in einen Pensionsfonds oder eine Lebensversicherung einzahlen, beteiligen sie sich bisweilen über ihre Altersvorsorge an der Spekulation auf steigende Nahrungsmittelpreise[7]. Die abendlichen Tortillas für die Kinder von Veronica hängen nicht zuletzt von diesen Preisen ab.

Auswirkungen von Bemühungen zur Klima- und zur Finanzmärkte(rettung)

Allerdings sind auch Investitionen in Realwirtschaft nicht per se wünschenswert. Veronicas Haut ist nach nur wenigen Jahren bereits sichtbar zerstört von den giftigen Substanzen, mit denen sie bei ihrer Arbeit, der Produktion von Kontaktlinsen, täglich in Berührung kommt. Die Ausbeutung von Arbeiter_innen – aufgrund der meist niedrigeren Löhne sind es überwiegend Frauen, welche für transnationale Konzerne oft unter menschenunwürdigen Bedingungen beschäftigt werden – ist real, aber sicher nicht ethisch vertretbar.

Auch umweltpolitisch haben selbst erfolgreiche realwirtschaftliche Ankurbelungen im Namen der Green Economy durchaus nicht nur positive umweltpolitische Auswirkungen. Erinnert sei an die Abwrackprämie: Diese als ökologische Maßnahme verkaufte Finanzierungshilfe muss als ökologisches Desaster bezeichnet werden, da sie vor allem der Förderung der nicht-nachhaltigen Autoindustrie diente. Da Wirtschaftswachstum faktisch mit einem höheren Energie- und Ressourcenverbrauch (nicht zuletzt mit Umweltverschmutzung, Klimaerwärmung etc.) einhergeht, kann dies nicht die Lösung sein.

Ökonomisches Wachstum beruht größtenteils darauf, Naturelemente wie Öl, Wald oder die biologische Vielfalt als Ressourcen zu verbrauchen – und der Wunsch nach Entkoppelung des Wachstums hiervon hat sich historisch bisher als illusorisch erwiesen. Green Economy bedeutet in der derzeitigen Auslegung zudem, dass auch Naturelemente wie Wasser oder die Atmosphäre zu auf dem Markt verkaufbaren Waren werden, das heißt es werden Eigentumsrechte an ihnen geschaf-

---

[6] Vgl. ebd.

[7] In seinem Report „Die Hungermacher“ hat food watch (2011) jüngst nachgezeichnet, wie Banken auf Kosten der Ärmsten auf Nahrungsmittel spekulieren und die Preise in die Höhe treiben. 600 Milliarden Dollar haben Kapitalanleger wie Versicherungen und Pensionsfonds bis Ende März 2011 in Papiere für Wetten mit Rohstoffen, darunter Mais und Weizen, investiert, die von Investmentbanken und Hedgefonds aufgelegt wurden (vgl. ebd.: 4).

fen und gesichert. Denn die der herrschenden Wirtschaftstheorie inhärente Logik besagt, Umweltprobleme kämen daher, dass Naturelemente im ökonomischen Prozess keinen Wert haben. Erst mit Preisen versehen gehen sie in die Kalkulation der Unternehmen ein, erst dann scheint es für Unternehmen, Staat und Verbraucher_innen erstrebenswert, die Umwelt nicht zu verschmutzen und zu übernutzen.

Neben diese *Kommodifizierung von Natur* – also die Verwandlung von Natur in eine Ware – tritt nun zunehmend die *Finanzialisierung von Natur*, das heißt das Handeln mit Natur auf den Finanzmärkten. Damit einhergehend entstehen bereits neue Begriffe, in denen sich dieses Verständnis von Natur als „Naturkapital“ und „Ökosystemdienstleistungen“ spiegelt, das uns näher gebracht werden soll. Berge, Wälder und Flüsse werden derweil zu „grüner Infrastruktur“ und Biodiversität zu einer „Anlagenklasse“ (Monbiot 2012).

Doch die bewusste Einbeziehung von Natur in Real- und Finanzwirtschaft führt nicht zur Anerkennung ihrer Lebendigkeit oder ihres Eigenwerts ohne Nutzen für den Menschen, wohl aber zu einer Veränderung des Verständnisses ihrer herrschaftlichen Aneignung. Wurde Natur zuvor stillschweigend und selbstverständlich ausgebeutet, vollzieht sich jetzt ihre Verwertung als „reflexive Naturbeherrschung“ (Görg 2012).

Bekanntestes Beispiel bislang ist der Emissionshandel von in die Atmosphäre ausgestoßenen Gasen (etwa CO_2 oder Methan). Seit seiner Einführung in Europa wird geschätzt, dass die europäischen Energieunternehmen bis Ende 2012 mit den kostenlos zugeteilten Emissionszertifikaten 127 Milliarden Euro Gewinn gemacht haben (vgl. Reyes 2011) – mehr als im EU-Haushalt[8] jährlich für den Bereich Umwelt vorgesehen ist.

Zudem wird sowohl im Bemühen um die Bewältigung der Finanzkrise als auch im Bemühen um eine Green Economy systematisch ausgeblendet, dass nicht nur zur ökonomischen Absicherung beiträgt, was sich in offiziellen Wirtschaftsdaten wiederfindet. Nicht zuletzt durch den hohen Bodenverbrauch von erneuerbaren Energien – was in herrschenden Konzepten der Green Economy als Umbaumaßnahme gilt – kommt es im globalen Süden permanent zur Zerstörung der Subsistenzproduktion. Die Mexikanerin Bettina Cruz Velázquez berichtete auf ihrer Rundreise durch Europa im Frühjahr 2012, dass die landwirtschaftlichen Flächen ihres Dorfes derzeit den Windrädern eines Stromkonzerns weichen müssen. Dabei waren diese Flächen durch die mexikanische Revolution 1910 als unveräußerbare Allmenden erkämpft worden, doch seit dem Beginn der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA sind sie wieder privatisierbar. Gleichzeitig wird der Wald, dessen Früchte die Menschen essen (insbesondere Pitayas) ebenfalls für diesen Zweck gerodet, und wird das Meer, von dessen Fischen sie leben, mit Offshore-Anlagen vollgestellt. Ihrer Lebensgrundlagen beraubt, bleibt den Menschen hier und anderswo meist nur die Flucht in einen Slum – wo sie dann Geld benötigen, aber viel weniger haben als zuvor.[9]

So wie solche Subsistenzstrukturen sowohl durch Bemühungen zur Rettung des Klimas als auch durch solche zur Rettung der Finanzmärkte erst systematisch unsichtbar gemacht und dann zerstört werden, so wird trotz jahrzehntelanger feministischer Kritik Versorgungsarbeit aus wirtschafts- und finanzpolitischen Überlegungen ausgeblendet – obwohl nach Messungen des Statisti-

---

[8] Webseite der Europäischen Kommission, http://ec.europa.eu/budget/figures/2011/2011_en.cfm (Zugriff 26.08.2012).

[9] Dies ist nicht als eine grundsätzliche Kritik an den erneuerbaren Energien zu versehen, sehr wohl aber als Hinweis darauf, dass auch diese ohne Berücksichtigung sozialer Aspekte eine zerstörerische Wirkung haben können.

schen Bundesamtes die Zeit hierfür jene für Lohnarbeit in Deutschland um mehr als das Anderthalbfache übersteigt. Die Care-Logik lässt sich nur schwer in die herrschende, zu ihr größtenteils im Widerspruch stehende Logik des Marktes integrieren. Gabriele Winker (2012) bezeichnet deswegen den sich zuspitzenden Widerspruch zwischen Profitmaximierung einerseits und den Notwendigkeiten der Reproduktionsarbeit andererseits als „Krise sozialer Reproduktion".

Längst lassen sich die Folgen der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik als „doppelte Privatisierung" (von Braunmühl/ von Winterfeld 2003) im Alltag spüren: Einerseits werden staatliche Aufwendungen in den Bereichen der Erziehung und Bildung, Gesundheit und Pflege reduziert und immer mehr dieser Bereiche der öffentlichen Daseinsversorge und Fürsorge an privatwirtschaftliche Akteure übergeben, für deren Dienste die Bürger_innen nun als Kund_innen zahlen müssen, obwohl sie durch zunehmend prekäre Lohnarbeit dafür immer weniger Geld zur Verfügung haben. Andererseits werden ehemals vergesellschaftete Aufgaben in die privaten Haushalte und damit an die Versorgungsarbeiter_innen und/ oder ins Ehrenamt (zurück)verlagert und steigern den ohnehin vorhandenen Zeitdruck.

Die Trennung von Mikro- und Makroebene ist jedoch genau dann Teil der krisenverursachenden Rationalität, wenn die konkreten sozialen und ökologischen Folgen als irrelevant für die finanzpolitische Makroperspektive ausgeklammert werden oder wenn sie als unausweichlich dargestellt werden. Den aktuellen Höhepunkt dieser Logik sieht Ariane Brenssell (2012) darin, dass die Finanzkrise als Schuldenbremse konzeptionalisiert wird: Durch dieses „technokratische Meisterstück" gilt „nichts mehr [als] verhandelbar", denn Zahlen sind nicht verhandelbar – und sie übernehmen durch ihr bloßes Zahlsein sogar Herrschafts- und Repressionsfunktion. Als Ausdruck des Sparwahns und damit der Finanzkrise im Alltag berichtet sie von Krankenpflegerinnen, welche aufgefordert worden waren, eine Liste mit allen ´versteckten´ Tätigkeiten anzufertigen. Diese seien dann gelistet und zugunsten von Einsparungen und Effizienz aus dem täglichen Arbeitsleben verbannt worden. Dazu gehörte zum Beispiel, die Zeitung aus dem Briefkasten zu holen und der Heimbewohnerin zu bringen, die das selbst nicht mehr konnte. Nach dem Verbot taten die Krankenpflegerinnen es weiter: „Nur zusätzlich, heimlich, versteckt und auf ihre Kosten" (Brenssell 2012). In diesem Sinne argumentiert Diane Elson, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Deregulierung, Liberalisierung sowie die Privatisierung z.B. von öffentlichen Leistungen auf der makroökonomischen Ebene nur den Anschein haben, eine höhere Markteffizienz herzustellen.

Statt die Zerstörung der Natur einerseits und geschlechtsspezifische Unterdrückung (sowie andere Ungleichheiten) andererseits aufzuheben, münden auch die Strategien einer *Green Economy* in deren Zuspitzung. Die Maßnahmen zur Rettung der Finanzmärkte – in deren Diskursen wiederum die ökologische Krise und die Krise sozialer Reproduktion entnannt werden – verschärfen dies noch.

Sozial-ökologische und geschlechter_gerechte Re-Regulierung der Finanzmärkte?

Ist angesichts dieser Krisenbeschreibung überhaupt ein Finanzsektor vorstellbar, der in den Dienst einer sozial-ökologischen und geschlechter_gerechten Transformation gestellt werden kann? So schwierig die Beantwortung dieser Frage ist, so unstrittig ist gleichzeitig, dass es eine Re-Regulierung der Finanzmärkte braucht – nicht zuletzt als Gegenbewegung zu den aktuellen Prozessen, die die Reproduktionsnotwendigkeiten von Menschen und Natur missachten.

Angesichts der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise werden zahlreiche Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmärkte diskutiert. Eine weitreichende Forderung ist die nach dem Verbot von hoch-

spekulativen Finanzmarktgeschäften mit Staatsanleihen, Kreditausfallversicherungen oder Rohstoffen. In Europa ist diese Forderung teilweise auf Resonanz gestoßen. So hat die EU im März 2012 die sogenannte Leerverkaufsverordnung verabschiedet, in der u.a. das Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Aktien, die an europäischen Börsen zugelassen sind, sowie von Staatsanleihen der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, geregelt ist (EU 2012). Damit wird zumindest innerhalb der EU sichergestellt, dass auf Börsen in einer Weise gehandelt wird, die Staaten und Menschen nicht in den Ruin treibt. Es ist aber unbedingt notwendig, dass ein solches Verbot weltweit durchgesetzt und auch auf die Spekulation mit Agrarrohstoffen ausgeweitet wird. Gerade Letzteres ist, wie das Beispiel von Veronica Díaz zeigt, unbedingt notwendig.

Politische Instrumente, wie der Global Compact, in dem sich Unternehmen freiwillig dazu verpflichten, durch ihre unternehmerischen Handlungen die Menschenrechte (und somit auch das Recht auf Nahrung) nicht zu verletzten, sind keine ausreichende Lösung, da keine tatsächliche Kontrolle möglich ist. Vielfach bewirkt nur politischer Druck eine Änderung. Wie in einer Oxfam-Studie gezeigt wird, betrug „[i]m Jahre 2011 […] das Vermögen aller Fonds der Deutschen Bank, die Agrarprodukte in ihrem Rohstoffkorb haben, insgesamt 10,9 Milliarden EUR“ (Oxfam Deutschland 2012: 9). Davon seien ungefähr 4,57 Milliarden EUR direkt oder indirekt in Agrarrohstoffen angelegt (ebd.). Erst die in den Medien verstärkte Problematisierung hiervon führte seit dem Frühling 2012 zu Selbstverpflichtungen verschiedener deutscher Banken, zumindest Spekulationen in Agrarprodukte fallenzulassen.[10] Auch hier wird es auf die politische Kontrolle und kritische Begleitung durch Zivilgesellschaft ankommen.

Eine weitere und wohl bekannteste Forderung ist die Tobin-Steuer. Diese Idee wurde 1972 vom Wirtschafts-Nobelpreisträger James Tobin entwickelt, der vorschlug, weltweit einheitlich eine Steuer auf alle grenzüberschreitenden Finanztransaktionen zu erheben, um kurzfristige Spekulationen auf Währungsschwankungen einzudämmen. In einem Interview mit dem SPIEGEL erklärte Tobin: „Die Idee ist ganz simpel: Bei jedem Umtausch von einer Währung in die andere würde eine kleine Steuer fällig, sagen wir von einem halben Prozent des Umsatzes. So schreckt man Spekulanten ab. Denn viele Investoren legen ihr Geld sehr kurzfristig in Währungen an. Wird dieses Geld plötzlich zurückgezogen, müssen die Länder die Zinsen drastisch anheben, damit die Währung attraktiv bleibt. Hohe Zinsen aber sind oft desaströs für die heimische Wirtschaft, wie die Krisen in Mexiko, Südostasien und Russland während der neunziger Jahre gezeigt haben. Meine Steuer würde Notenbanken kleiner Länder Handlungsspielraum zurückgeben und dem Diktat der Finanzmärkte etwas entgegensetzen“ (Tobin 2001: 122f.).

Bereits Mitte der 1990er Jahre hat das transnationale Frauennetzwerk DAWN – Development Alternatives with Women for a New Era – diesen Vorschlag aufgegriffen. DAWN sieht in dieser Steuer eine Alternative zu einer strikten Austeritätspolitik. Statt Ausgabenkürzungen kann der Abbau von Staatsverschuldung durch Einnahmeerhöhungen in Form von Steuermehreinnahmen erfolgen. Zugleich begreift das Frauennetzwerk die Tobin-Steuer auch als Instrument distributiver Gerechtigkeit. Ein menschenwürdiges Leben braucht nach Auffassung von DAWN Rahmenbedingungen, die eine gerechte Verteilung von materiellen Ressourcen sicherstellen (vgl. DAWN 1995: 2001ff.).

Umfassender als die Tobin-Steuer ist die Finanztransaktionssteuer: Während erstere nur auf die Besteuerung von Devisentransaktionen (also auf den Handel mit Währungen) abzielt, weitet letztere die Besteuerung auf den Handel mit allen Arten von Finanzvermögen wie Aktien, Anleihen,

[10] Der Initiative der DekaBank der Sparkassen, alle Agrarprodukte aus ihren Rohstofffonds zu verbannen, folgten zunächst die Landesbank Baden-Württemberg, die Commerzbank sowie die Landesbank Berlin.

Schatzbriefe, Zertifikate, Derivate etc. aus. Beide Steuern sind als Teile eines alternativen Steuersystems zu verstehen, das danach trachtet, die neoliberalen Umverteilungsprozesse von unten nach oben umzukehren. Doch jede Finanzierung eines Gemeinwesens muss sich die Frage nach der Verteilung der Lasten, die eine Gerechtigkeitsfrage ist, stellen. Die Rettung der Banken durch die Staaten führte zu einer enormen Anhäufung von Staatsschulden, für die nun die Steuerzahler_innen aufkommen müssen. Mehr Steuern für weniger staatliche Leistung trifft vor allem Geringverdiener_innen. „Nichts liegt da näher als die Forderung", darauf verweist zu Recht Nicola Liebert (2012: 295), „dass nun wenigstens wieder die zur Kasse gebeten werden, die zuvor von der steuerpolitischen Umverteilung profitiert und durch ihre gigantischen Vermögen die Krise mit ausgelöst haben – und zwar nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch zur Vermeidung neuer Finanzkrisen".

Doch neben der Einführung dieser Steuern gilt es, grundsätzlich die geltenden ökonomischen Handlungsnormen und Bewertungskriterien einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Sowohl das Diskussionspapier von genanet (2011) zu Green Economy gender_gerecht als auch Anita Nayar (2011) stellvertretend für die Women's Major Group im Vorbereitungsprozess auf Rio+20, haben darauf hingewiesen, dass ein fundamentales Umdenken notwendig ist: Nicht grenzenloses ökonomisches Wachstum sichert Wohlbefinden und Nachhaltigkeit. Vielmehr zeigen neue Studien, dass Gesellschaften, die sich durch größere soziale Gleichheit auszeichnen, glücklichere und nachhaltigere Gesellschaften sind (vgl. Wilkinson/Pickett 2010). Ein solches Umdenken ist insofern zentral, als die Einführung der Steuern und somit die Erhöhung der Staatseinnahmen nicht zwingend mit einer gerechteren und nachhaltigeren Umverteilung einhergeht; dies ist eine Frage von politischen Prioritäten und sozialen Kämpfen.

Zudem führt die Problemlösung durch steuerpolitische Maßnahmen nicht automatisch zu einem Wandel der Handlungsnormen wichtiger Finanzmarktakteure, wie beispielsweise Rating-Agenturen. Diese spielen eine enorm wichtige Rolle: Sie sind es, die Finanzprodukte sowie die Kreditwürdigkeit von Staaten und Unternehmen bewerten. Die von ihnen bereitgestellten Informationen über das Ausfallrisiko von Anleihen und Krediten haben eine Signalfunktion, die das Finanzmarktgeschehen entscheidend beeinflusst – meist nicht zum Positiven, wie im Falle von Griechenland deutlich wurde. Trotz vieler folgenreicher Fehleinschätzungen der Rating-Agenturen, sei es hinsichtlich bestimmter Finanzprodukte oder hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit von Staaten wie z.B. Irland, halten sich alle relevanten Markteilnehmer weiterhin an die Bewertungen der Rating-Agenturen.

Ein Umdenken aus einer Geschlechterperspektive heißt, dass ökonomische Bewertungskriterien und die so oft postulierte Sachzwanglogik kritisch betrachtet werden muss: Die ökonomische Performance von Volkswirtschaften wird in der Regel an festgelegten Wirtschaftseckdaten bewertet, so z.B. am Wirtschaftswachstum, an der Inflationsrate und dem Haushaltsdefizit. Positiv bewertet werden vor allem jene Staaten, die ihre Wirtschaftspolitik auf das Ziel der Markteffizienz ausrichten und darum bemüht sind, die Staatsquote so gering wie möglich zu halten. Wie oben gezeigt, kritisieren feministische Ökonominnen daran den ausschließlichen Fokus auf monetäre Größen und damit die Ausblendung nicht-marktförmiger Leistungen. Feministische Ökonominnen plädieren für ein holistisches Ökonomieverständnis in der die Care Ökonomie und unbezahlte Fürsorgearbeit von Frauen als unabdingbarer Bestandteil der Wirtschaft sichtbar gemacht wird. Entsprechend gilt es, wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht am Ziel der Markteffizienz auszurichten, sondern maßgeblich an dem der Nachhaltigkeit und damit an sozial-ökologischer Qualität.

Für die Bewertungskriterien von Rating-Agenturen bedeuten diese Überlegungen, dass es eben nicht darum gehen kann, die Einstufung der Bonität von Staaten an der Radikalität marktorientierter Reformen festzumachen. In die Bewertung müsste vor allem einfließen, ob und inwiefern wirtschaftspolitische Maßnahmen im Dienste des öffentlichen Gemeinwohls stehen. Hierfür ist wichtig, dass Fragen der sozialen Reproduktion und der nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht als Privatangelegenheit ausgeblendet werden dürfen.

In ähnlicher Weise gilt es, die Bewertungskriterien für Unternehmen zu verändern: Die Shareholder-Value-Logik gebietet die Beurteilung der Unternehmensleistungen ausschließlich nach ihrer Rentabilität. Unberücksichtigt bleibt dabei, ob die Rentabilität auf Kosten von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen realisiert wird. Bei der Bewertung müsste hingegen geprüft werden, inwiefern Unternehmen sozial und ökologisch verantwortlich handeln. Wichtig ist, dass die soziale Verantwortlichkeit (Corporate Social Responsibility) auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit umfasst.

Frauenpolitische Akteur_innen verschiedener politischer Couleur haben das politische Möglichkeitsfenster nach der Finanzmarktkrise 2008/2009 genutzt und die Forderung nach mehr „Frauen in die Aufsichtsräte“ lanciert. Diese Forderung kam in einer Situation, in der unvermutet Geschlechterfragen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise in den Medien thematisiert wurden. Die Financial Times Deutschland bezeichnete Frauen als „Finanzmarkt-Trümmerfrauen“ (11.02.2009); Männer mit ihrem risikofreudigen Verhalten werden zu den Verursachern der Finanzkrise erklärt, wohingegen die eher risikoaversen Frauen zu den Hoffnungsträgerinnen im Krisenmanagement erhoben werden. Daran anknüpfend argumentierten frauenpolitische Akteur_innen, dass mehr Frauen in den Spitzengremien des Finanzsektors einen Wandel in den Handlungsnormen auf dem Finanzmarkt bewirken würden. Dieser Einschätzung kann jedoch nicht unkritisch gefolgt werden. Um Missverständnisse zu vermeiden: Aus einer *Gleichstellungsperspektive* ist die Erhöhung des Frauenanteils eine wichtige Forderung. Denn fest steht, dass beispielsweise in Deutschland Frauen in den Spitzengremien des Finanzsektors deutlich unterrepräsentiert; so ist der Frauenanteil in den Vorständen der 100 größten Banken und Sparkassen mit 2,6 Prozent verschwindend gering. In den Aufsichtsräten der Banken und Sparkassen sieht die Situation mit 16,8 Prozent etwas besser aus. Dies ist allerdings in erster Linie auf die Mitbestimmungsregelungen auf der Unternehmensebene zurückzuführen, denn ein Großteil der Frauen wird von den Arbeitnehmervertretungen in die Aufsichtsräte entsandt. Diese Beispiele verdeutlichen, dass im Hinblick auf den Frauenanteil in den Führungsgremien der Finanzwirtschaft Handlungsbedarf besteht. Allerdings darf nicht davon ausgegangen werden, dass ein höherer Frauenanteil zwingend mit einem Wandel von Handlungsnormen und einer geschlechtergerechten und sozial-ökologischen Transformation der Finanzmärkte einhergeht. Es ist vielmehr eine Frage der politischen Einstellung, wie an den unterschiedlichen finanzpolitischen Positionen von Angela Merkel einerseits und Sahra Wagenknecht andererseits deutlich wird.

Während für Merkel Austeritäts- und Wachstumspolitik als zwei Seiten einer Medaille die entscheidenden Instrumente zur Lösung der Krise darstellen, schlägt Wagenknecht (2012) vor, nicht nur in Griechenland, sondern europaweit die Staatsschulden zu streichen. Dieser Vorschlag, verbunden mit einer staatlicher Absicherung privater Spareinlagen und Lebensversicherungen von bis zu einer Million Euro sowie der anschließenden Versorgung der Banken mit frischem Eigenkapital für Kundeneinlagen und Krediten für die Wirtschaft, ist für eine sozial-ökologische Transformation der Finanzmärkte ernsthaft in Betracht zu ziehen – soll der Externalisierung der Folgen für Mensch und Natur ein Ende gemacht werden, sollen also nicht länger diejenigen mehr Gewicht bekom-

men, deren Geld auf dem Spiel steht, als diejenigen, deren Existenz auf dem Spiel steht (vgl. Patka, zit. n. Brenssell 2012).

Perspektivwechsel

In diesem Papier konnten wir weder auf all die zahlreichen Vorschläge, die zur Re-Regulierung der Finanzmärkte existieren, eingehen – angefangen von der Forderung nach der Schließung von Steueroasen, der Bekämpfung von Steuerflucht bis hin zur Regionalisierung der Finanzmärkte – noch stellen unsere Vorschläge einen Sanierungsplan dar, nach dem die heutige Vielfachkrise einfach um- und abgebaut werden kann.

Zentral für eine nachhaltige, geschlechter_gerechte Gestaltung der Finanzmärkte erscheint uns allerdings eine Perspektive, die den Erhalt und die Entwicklung der Lebensprozesse ins Zentrum rückt statt monetärem Profit und immer weiterem ökonomischen Wachstum. Mit dieser Forderung nach einem solchen Perspektivwechsel befinden wir uns in guter Gesellschaft: In seinem bereits als Standardwerk der neuen sozialen Bewegung geltenden Buch „Schulden“ setzt sich auch David Graeber kritisch mit dem auseinander, was weltweit nicht nur, aber vor allem für die politischen und ökonomischen Eliten bisher als Maßstab des Erfolgs gilt, nämlich die „Fähigkeit, die globale Produktion von Gütern und Dienstleistungen jedes Jahr um mindestens 5 Prozent zu erhöhen“ (Graeber 2012: 409). Das Gegenteil sei jedoch richtig, denn ein Festhalten an diesem Grundsatz zerstöre die Welt. Die eigentliche Frage, so Graeber, liege nicht (nur) darin, wie eine demokratische Regulierung der Finanzen gelingen könne. Sie müsse vielmehr lauten, „wie wir die Maschine ein wenig drosseln und eine Gesellschaft schaffen können, in der die Menschen weniger arbeiten und mehr leben können“ (ebd.). Diese Forderung ist nicht neu, insbesondere in der feministischen politischen Ökonomie gibt es viele, die sie teilen – ergänzt und modifiziert um die Botschaft, dass die Frage nach einer Arbeitszeitreduzierung auch die Frage einschießt, wie die unbezahlten Sorge- und Pflegearbeiten gerecht verteilt werden können.

Wichtig erscheint uns, dass solche Forderungen nach einem grundsätzlichen sozial-ökologischen Wandel in Zeiten, in denen Menschen scheinbar nur zwischen Spardiktaten und Wachstumsstrategien wählen können, in die Welt hinausgetragen werden. „Gegen den aktuellen Trend von Austeritätspolitiken und öffentlicher Verarmung auf dem Hintergrund der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums gilt es, die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur (‚public goods‘), Gemeingüter und Gemeineigentum (‚commons‘) zu erhalten oder zurückzugewinnen, zu stärken und auszudehnen“ (Wichterich 2012: 45).

In den derzeitigen Konzepten der Green Economy hat die Markt- und Profitlogik Vorrang. Indem sie Natur der Wert- und Preislogik unterwirft, gestaltet auch eine Grüne Ökonomie die Verfügung über die natürlichen Lebensgrundlagen immer exklusiver anstatt Gemeingüter als frei nutzbar zu erhalten oder durch Ent-Privatisierung wieder nutzbar zu machen (vgl. BUKO GesNat 2012).

Die Frage nach dem, was gesellschaftlich wünschenswert wäre, wird im Glauben an die Wirksamkeit von (Finanz-)Marktmechanismen und deren vermeintlicher Alternativlosigkeit unsichtbar gemacht. Auf diese Weise die Gestaltung unserer Lebensverhältnisse weiterhin ökonomischer Kaufkraft und Macht zu überlassen, heißt, die sozial-ökologische Krise zu verlängern und zu vertiefen. Nachhaltiges Wirtschaften dagegen muss auf demokratischen Entscheidungen gründen.

Bibliographie

Braunmühl von, Claudia/ Winterfeld von, Uta (2003): Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal: Wuppertal Paper Nr. 135.

Brenssell, Ariane (2012): Krise, Krankheit, Widerstand. Die aktuelle Finanzkrise macht den Alltag unerträglicher – für alle, in: die tageszeitung v. 18./19. August 2012, S. 22/23.

BUKO AS GesNat (Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse der Bundeskoordination Internationalismus) (2012): Nach dem Scheitern der Green Economy. 10 Thesen zur Kritik der Grünen Ökonomie, http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/BUKO34-Gesnat-Thesen-DE-Langfassung-A4-V1.pdf (Zugriff 12.09.2012).

DAWN – Development Alternatives for Women for a New Era (1995): Rethinking Social Development: DAWN's Vision, in: World Development, Vol. 23, No. 11, pp. 2001-2004.

EU – Europäische Union: Verordnung (EU) Nr. 236/2012 r Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps. Amtsblatt der Europäischen Union, L 86, URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:086:0001:0024:de:PDF (Zugriff: 11.9.12).

Foodwatch (2011): Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren,Berlin, http://foodwatch.de/foodwatch/content/e10/e45260/e45263/e45318/foodwatch-Report_Die_Hungermacher_Okt-2011_ger.pdf (Zugriff 11.9.12).

genanet (2011): Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Diskussionspapier. Berlin, November 2011, http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Diskussionspapier_alle.pdf (Zugriff 19.9.12).

Görg, Christoph: Naturverhältnisse, in: Brand, Ulrich/ Lösch, Bettina/ Opratko, Benjamin/ Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg: VSA Verlag, 178-179.

Graeber, David (2012): Schulden. Die ersten 5.000 Jahre, Stuttgart.

Liebert, Nicola (2012): Steuergerechtigkeit, in: Brand, Ulrich/ Lösch, Bettina/ Opratko, Benjamin/ Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg, S. 294-295.

Monbiot, George (2012): The Great Impostors. In the name of saving the natural world, governments are privatizing it, in: The Guardian v. 7. Aug. 2012.

Nayar, Anita (2011): Rio+20 Intersessional, 15-16 December 2011, Development Alternatives with Women for a New Era on behalf of the Women's Major Group, http://www.dawnnet.org/uploads/documents/WEBSITE_RIO20_Anita_Intervention%20at%20Rio+20%20Intersessional_2011-Dec-16.PDF (Zugriff 30.5.12).

Oxfam Deutschland (2012): Mit Essen spielt man nicht! Die deutsche Finanzbranche und das Geschäft mit dem Hunger. Berlin: Oxfam, URL: http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20120511_mit-essen-spielt-man-nicht.pdf.

Reyes, Oscar (2011): The EU Emissions Trading System: Failing at the Third Attempt, Corporate Europe Observatory and Carbon Trade Watch, Barcelona, April 2011.

Tobin, James (2001): Die missbrauchen meinen Namen. Interview mit James Tobin geführt von Christian Reiermann und Michaela Schießl, in: SPIEGEL 36/2001 vom 03.09.2001, S. 122-125, http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=20017795&aref=image026/E0135/SCSP200103601220125.pdf&thumb=false (Zugriff: 04.09.12).

Wagenknecht, Sahra (2012): Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft

Wichterich, Christa (2012): Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive. Schriften zur Ökologie, Band 21. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.

Winker, Gabriele (2012): Menschenwürde statt Profitmaximierung. Zur sozialen Reproduktion in der Krise und einer Care Revolution als Perspektive, Website des Feministischen Instituts Hamburg, http://www.feministisches-institut.de/menschenwuerde/ (Zugriff: 04.09.12)..

Kontakt

Green Economy: Gender_Gerecht
LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.
Dircksenstr. 47
10178 Berlin
Tel. 030.308798-35
Email: roehr@life-online.de
www.genanet.de/greeneconomy.html

Berlin, September 2012

DIESES PROJEKT WIRD GEFÖRDERT VON:

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundes
Amt
Für Mensch und Umwelt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen.